

Rede des Bundestagsabgeordneten MARCO BUSCHMANN  
08.09.2011 im Deutschen Bundestag

## **Zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus**

---

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie Folgendes der Sturm- und Drangphase eines jungen Kollegen geschuldet sein: Wenn wir für jede hohle Phrase der Opposition einen Euro ins Phrasenschwein geworfen hätten, hätten wir die europäische Staatsschuldenkrise schon gelöst. Dann könnten wir diese Beträge überweisen und brauchten keinen EFSF.

(Beifall bei der FDP - Joachim Poß (SPD): Haben Sie denn gestern bei Herrn Brüderle und bei Herrn Kauder mitgezählt?)

Denn was wir heute hier gehört haben, war der Versuch des geordneten Rückzugs aus den Euro-Bonds.

Die Krönung war dann noch der Versuch von Herrn Trittin, der nur austeilen und nicht einstecken kann - zumindest ist er gar nicht da und bereit, sich dem zu stellen -, uns über demokratische Grundsätze und das, was das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, zu belehren. Das schlägt dem Fass den Boden aus.

(Beifall bei der FDP)

Uns braucht niemand darüber zu belehren, dass ein zentrales Element von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit der Parlamentsvorbehalt ist. Dabei geht es auch nicht um Pfründe der Abgeordneten; das ist völlig klar. Es geht vielmehr darum, dass die gewählten Repräsentanten der Bürger das Zepter für politische Prioritäten in der Hand behalten.

(Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch!)

Wenn man ihnen dieses Zepter entreißt, dann entreißt man dem Volk ein Stück seiner Selbstbestimmung. Darüber braucht uns niemand zu belehren. Daher werden wir als

Koalition aus Union und FDP - das haben wir Ihnen auch schwarz auf weiß aufgeschrieben - in das Stabilitätsmechanismusgesetz die schärfste Form eines Parlamentsvorbehaltes schreiben, den das deutsche Staatsrecht kennt. Die Vertreter Deutschlands in den Gremien des EFSF müssen bei allen haushaltsrelevanten Entscheidungen mit Nein stimmen, es sei denn, es liegt vorher die ausdrückliche Zustimmung des Deutschen Bundestages vor. Ein Quasi-Ja durch Enthaltung oder Fernbleiben bei der Abstimmung ist nicht möglich. Durch diesen Mechanismus gelangt das Vetorecht Deutschlands in diesen Gremien, das aus dem Einstimmigkeitsprinzip folgt, aus den Händen der Regierung in die Hände des Parlaments. Einen stärkeren Kontrollmechanismus werden Sie im gesamten deutschen Recht nicht finden. Die Koalition setzt hier Maßstäbe.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit diesem Verfahren haben wir vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts - denn wir haben schon vorher gehandelt - gezeigt, dass wir sehr genau wissen, was unsere Verfassung von uns verlangt, und dass wir ihren Inhalt verteidigen werden.

(Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Integrationsverantwortungsgesetz! Davon haben Sie wohl noch nie gehört!)

Wir als selbstbewusste Parlamentarier stellen eben keine Blankoschecks aus. Ob man es Euro-Bonds oder Blankoschecks nennt, wir werden sie nicht ausstellen, weder unserer Regierung noch einer anderen europäischen Regierung. Unser Kontrollmechanismus verwandelt die deutschen Vertreter in den Gremien des EFSF von Erfüllungsgehilfen der Regierung in einen starken Arm des Parlaments.

(Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch!)

Das sichert das Budgetrechts des Deutschen Bundestages wie kein anderer Mechanismus, den wir im deutschen Recht kennen.

(Beifall bei der FDP)

Darin unterscheidet sich unser Entwurf von dem, was Sie, lieber Kollege Sarrazin, vorschlagen. Weil Sie das immer abstreiten, möchte ich kurz aus dem Beschluss der AG Haushalt von Bündnis 90/Die Grünen vom 30. August zitieren:

Vor der Entscheidung über die Gewährung von Finanzhilfen  
und vor der Entscheidung über die Bedingungen der  
Finanzhilfe

- also wenn Geld fließen soll -

*soll* die Bundesregierung Einvernehmen mit dem Bundestag  
herstellen.

Das heißt, es wäre schon schön, wenn man sich im Grundsatz daran halten würde, aber Ausnahmen bestätigen die Regel. Das ist viel weicher als das, was wir vorschlagen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ihr Vorschlag wäre vom Bundesverfassungsgericht verworfen worden. Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: Der Bundestag *muss* vorher zustimmen. Es hat nicht gesagt: Er *soll*.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Buschmann, der Kollege Sarrazin würde gerne eine Zwischenfrage stellen.  
Erlauben Sie das?

(Hubertus Heil (Peine) (SPD): Nicht das Leiden verlängern!)

**Marco Buschmann (FDP):**

Selbstverständlich.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Bitte.

**Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Verehrter Herr Kollege, da Sie höchstrichterliche Rechtsprechung prophezeien können, frage ich Sie: Sind Sie sich dessen bewusst, dass das Bundesverfassungsgericht in seinem gestrigen Urteil in der verfassungskonformen Auslegung ausdrücklich auch § 1 Abs. 4 Satz 3 des StabMechG erhalten hat, der eine ähnliche Regelung vorsieht? Verstehen Sie, dass wir uns deswegen durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil vollumfänglich bestätigt sehen?

**Marco Buschmann** (FDP):

Nein, das kann ich nicht verstehen. Sie haben das Bundesverfassungsgerichtsurteil nicht verstanden.

(Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht doch wörtlich drin!)

Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: § 1 Abs. 4 StabMechG bedarf der verfassungskonformen Auslegung. Es hat den Wortlaut anders ausgelegt, nämlich nicht im Sinne eines Bemühens. Das hat Herr Voßkuhle ausdrücklich gesagt, und das wüssten Sie, wenn Sie es verfolgt hätten. Es reicht eben nicht das Bemühen um Einvernehmen.

(Priska Hinz (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er war ja da im Gegensatz zu Ihnen! Also wirklich!)

- Ich kann doch nichts dafür, wenn er nicht versteht, was das Bundesverfassungsgericht erklärt.

Sie haben die Botschaft gestern nicht verstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie wollen mit Nebelkerzen davon ablenken, dass Ihre Maßstäbe gestern grandios gescheitert wären, wenn sie im Bundesgesetzblatt gestanden hätten.

Im Übrigen sind auch die Blankoschecks namens Euro-Bonds vom Tisch.

(Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie disqualifizieren sich ja nur selber!)

Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich gesagt: Ein Mechanismus, der automatisch den Steuerzahler belastet, ohne dass das deutsche Parlament davor ist, ist mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen. Genau das haben aber Cem Özdemir, Jürgen Trittin und Sigmar Gabriel in den letzten Wochen propagiert. Diese Vorschläge sind vom Tisch. Wenn verfassungskonforme Demokraten zu entscheiden haben, dann kommen sie auch nicht wieder auf den Tisch. Das ist eine gute Sache für den deutschen Steuerzahler und das deutsche Parlament.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)